

II. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg Berichte zur Geschichte der Erinnerung

Die beiden Deutschland

Edgar Wolfrum

Während des Kosovo-Konflikts am Ende des 20. Jahrhunderts sind von deutschen Politikern die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus moralisch aufgeladen und aktualisiert worden. Gerade die heute lebenden Deutschen als Nachkommen der Nazi-Generation und der Täter des Holocausts dürften, so wurde argumentiert, ethnischen Säuberungen nicht tatenlos zusehen, sondern müssten eingreifen, wenn sie nicht schuldig an den Opfern werden wollten. Endlich, so schien es, ging ein deutscher Traum in Erfüllung: daß die Deutschen in einem Krieg auf der richtigen Seite stehen und den Krieg auch gewinnen. Die Geschichtsbilder über den Nationalsozialismus und dessen Menschheitsverbrechen wurden angesichts der aktuellen Aufgabe ins Formelhafte und Abstrakte getrieben mit der Konsequenz, daß das historische Ereignis Holocaust banalisiert wurde. War dies logische Folge der jahrzehntelangen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus? Wie ist der Umgang mit der Vergangenheit im Westen, wie im Osten Deutschlands zu werten? Dominierte in der Bundesrepublik seit 1949 eine Mischung aus Verdrängen, Verschweigen und Abwehr, womit die Westdeutschen gleichsam eine Art «zweite Schuld» auf sich luden?¹ Oder war der Umgang mit der NS-Vergangenheit ein großer demokratischer Erfolg, ja in historischer Perspektive sogar ein einmaliger Erfolg, weil noch nie in der Weltgeschichte ein Nachfolgeregime so umfassend mit der Vergangenheit gebrochen hatte?² Und gilt letzteres in abgewandelter Form nicht auch für den Antifaschismus der DDR? Andererseits: Führten der deutsch-deutsche Systemkonflikt, die Teilung der Vergangenheit, die gegenseitige Abgrenzung und das gleichzeitige Aufeinander-bezogen-sein der beiden deutschen Staaten nicht

zu merkwürdigen Paradoxien der Erinnerung an den Nationalsozialismus? Mit welchem Gewinn und welcher Last traten die Deutschen Ost und West 1989/90 in den Vereinigungsprozeß ein? Hatten sich die Erinnerungskulturen beider deutscher Staaten völlig entfremdet oder gab es umgekehrt bereits vor der Vereinigung Annäherungen?

Der folgende Überblick soll die Entwicklungsstationen eines fast halben Jahrhunderts aufzeigen und die Grundlinien der Forschung nachzeichnen. In Deutschland gab es nach 1945 zwei Erben einer gemeinsamen nationalsozialistischen Vergangenheit, und deshalb werden der Übersichtlichkeit halber die beiden deutschen Staaten getrennt behandelt, doch an geeigneter Stelle wird immer wieder versucht, Parallelen und Asymmetrien, Konvergenzen und Divergenzen zu verdeutlichen.

Bundesrepublik Deutschland

Nach der alliierten Entnazifizierung und den Kriegsverbrecherprozessen setzte mit der Gründung der Bundesrepublik eine Flaute bei der strafrechtlichen Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen ein. Anfang der 50er Jahre wurden NS-Mitläufer und -Täter in breitem Umfang amnestiert und in die Gesellschaft integriert. Angesichts des Kalten Krieges lautete die pragmatische Alternative: Rasche Demokratisierung und gesellschaftliche Integration oder vorbehaltlose Aufarbeitung und Verurteilung der NS-Verbrechen? Die bundesdeutsche Vergangenheitspolitik, die sich für den ersten Weg entschied, fußte trotz der Widerstände Einzelner auf einer großen Koalition fast aller politischen Kräfte und kam somit parteiübergreifend dem verbreiteten psychologischen Bedürfnis der Westdeutschen entgegen, endlich einen Schlußstrich unter die alliierte Entnazifizierung zu ziehen. Volksgemeinschaftliche Bindungen ragten in die neue Zeit hinein und erzeugten eine allgemeine Exkulpationssolidarität, die die Deutschen miteinander verband. In überaus großzügiger Weise wurden Beamte, die während der Besatzungszeit entlassen worden waren, wieder eingestellt, und darunter befanden sich Zehntausende, die erheblich belastet waren. Sicher, von den großen Nazis überlebte politisch keiner in der Bundesrepublik, aber die mittlere Garnitur fand ihren Platz im neuen Staat, und daß der Kommentator der Nürnberger

(Rassen-)Gesetze, Hans Globke, von Adenauer zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt berufen wurde, stellte die neue Demokratie ins Zwielicht.³

Im Gefolge der Westintegration wurden von den Alliierten verurteilte Kriegsverbrecher wieder freigelassen und auch die Wehrmacht rehabilitiert. Niemand zweifelte öffentlich daran, daß die Wehrmacht einen «normalen Krieg» geführt habe, ja unter dem Eindruck des Kalten Krieges konnte der Zweite Weltkrieg zuweilen sogar als deutscher Beitrag zu einer antikommunistisch-westeuropäischen Einigung interpretiert werden. Die Erinnerung verdichtete sich dabei auf Stalingrad. Die Nationalsozialisten hatten die Schlacht zum Mythos aufgebaut. Mochte nach Stalingrad ein Großteil der Deutschen sich innerlich aus dem Krieg zurückgezogen haben, so überlebte im Westen ein wichtiger Bestandteil dieses Mythos des «Dritten Reiches», daß nämlich in Stalingrad versucht worden sei, das Abendland vor dem Bolschewismus zu retten, und es sich somit um eine historische europäische Mission gehandelt habe. Nach dem Krieg war der Erinnerungsort Stalingrad aber auch ein wichtiges Element der geteilten Erinnerung in Deutschland. In der DDR bedeutete Stalingrad den Ausgangspunkt für eine bessere, glücklichere Zukunft. Die Stalingrader Katastrophe gehörte von Beginn an zum Kernbestand einer dezidiert national bestimmten Identität als das neue, bessere Deutschland. In dieser Katastrophe lag der Ursprung der ostdeutsch-sowjetischen Freundschaft. Stalingrad war hier der «Triumph des gerechten Krieges» über die faschistischen Eroberer, war die «große Lehre».⁴

In der Bundesrepublik hingegen gab es ganz andere Versionen des historischen Geschehens. Bis in die 70er Jahre hinein wurden in literarischen, autobiographischen, aber auch in historiographischen Darstellungen «verpaßte Chancen» diskutiert – etwa die Möglichkeit eines Ausbruchs aus dem Kessel –, und das Scheitern der 6. Armee blieb irgendwie rätselhaft. Im populärsten Stalingrad-Buch der 50er Jahre, Fritz Wöss' *Hunde, wollt ihr ewig leben?*, wurden, wie seither fast immer, die Landser zu den Sündenböcken der Führung. Nach der Romanverfilmung 1959 schrieb der Kritiker Erich Kuby: Angesichts der Tatsache, daß in der Bundesrepublik seit 1950 unbewußt «jeder Deutsche nachträglich den Krieg, den er verloren hat, für sich noch einmal gewinnen möchte», übe das Werk so etwas wie eine «nationaltherapeutische Wirkung» aus. «Jeder

deutsche Mann, der aus diesem Film kommt, fühlt sich exkulpiert.»⁵

Warum stieß das Deutungsangebot von der «sauberen Wehrmacht» in der westdeutschen Gesellschaft auf so breite Akzeptanz? Natürlich sind kollektiv-psychologische Dimensionen in Rechnung zu stellen. Aber es darf darüber hinaus nicht übersehen werden: Der populärste Krieg hatte in Afrika stattgefunden. Erwin Rommel war der herausragende Erinnerungsträger der Wehrmacht in der Nachkriegszeit. Rommel, lange Zeit Hitlers liebster Feldmarschall, blieb Deutschlands populärster Soldat des Zweiten Weltkrieges, ja er avancierte geradezu zum Volkshelden. Bis in unsere Gegenwart wird der Krieg in der Wüste als ritterlicher Wettstreit verherrlicht. In der 1943 verfaßten und 1950 herausgegebenen Abhandlung Rommels wurde der Kampf sogar zu einem *Krieg ohne Haß*, so lautet der Titel, zu einem «wahrhaft afrikanischen Abenteuer». Der Afrikafeldzug bot sich an, die Fama vom «unbefleckten Schild» der Wehrmacht zu nähren, und die Rommel-Legende wurde namentlich von General Speidel, der am Aufbau der Bundeswehr maßgeblich beteiligt war, genährt. Rommel stieg zu einer vertrauten Figur in den Massenmedien auf, in den Kinopalästen der westlichen Welt wurde der Feldherr als moderner Hannibal gefeiert. In der DDR erinnerte man sich anders. Der «östliche Rommel» war ein aktiver Verfechter faschistischer Theorien in der Wehrmacht, hatte engsten Kontakt zur NS-Führungsriege und galt als «politischer und strategischer Hasardeur des deutschen Imperialismus».⁶ Je mehr Rommel aber im Osten angeprangert wurde, desto entschlossener hielt man im Westen an ihm fest.⁷

Vom Holocaust war bis zum Ende der 50er Jahre kaum die Rede, öffentlich schon gar nicht, aber auch die westdeutsche Geschichtswissenschaft forschte nicht bevorzugt über ihn. Auf der latenten mentalen Ebene lebten bei den Westdeutschen eine ganze Reihe vordemokratischer Einstellungen und der Antisemitismus fort. In der westdeutschen Öffentlichkeit herrschte ein Beschweigen des «Dritten Reiches». Nur Minderheiten wagten zu stören, ansonsten obwaltete schuldverdrängende Verharmlosung, Vergangenheitsabwehr und Schuldabwälzung. Im Geschichtsbild der Zeit erschien der Nationalsozialismus als Ausgeburt des Dämons Masse und eines satanischen Führers, als fast unerklärbarer Einbruch des Irrationalen, als Heimsuchung und Verhängnis,⁸ und die

Deutschen wähten sich dementsprechend als Opfer, nicht als Täter.

Die populäre Totalitarismustheorie scherte die braune NS-Diktatur und die rote SED-Diktatur über denselben Kamm, mit ambivalenten Folgen. Sie verwischte die Unterschiede, das war die eine Seite; die andere aber war: Der antitotalitäre Konsens, der häufig mehr ein antikommunistischer war, stabilisierte die junge bundesdeutsche Demokratie. Halbheiten bestimmten die Wiedergutmachung für die Opfer des Nationalsozialismus, und die geleisteten Wiedergutmachungszahlungen an Israel kamen nicht zuletzt auf Drängen der Westmächte zustande. In der Wiedergutmachung steckte zu viel Kalkül und zu viel Außenpolitik, als daß sie moralisch voll überzeugte: Gezahlt wurde dort, wo es die internationale Reputation der Bundesrepublik gebot; wer in westlichen Ländern lebte, hatte gute Chancen auf Wiedergutmachung, wer in östlichen lebte, ging in der Regel leer aus. Aber man muß auch bedenken, daß die Zahlungen immerhin gegen erheblichen Widerstand der Bevölkerung durchgesetzt wurden, wo sie weithin unpopulär waren und auf Ablehnung stießen.⁹

Seit etwa 1958 wandelte sich das Zeitklima und mit ihm die Erinnerung. Den Hintergrund bildeten die antisemitischen Skandale und Hakenkreuzschmierereien im gesamten Bundesgebiet am Ende des Jahrzehnts, die die politische Klasse schockierten. Offenkundig wurden nun die Defizite im Bereich der schulischen und der politischen Bildung. Reaktionen folgten rasch: Mitte der 60er Jahre verabschiedeten die westdeutschen Kultusminister neue Richtlinien für den Geschichtsunterricht, in dem der Nationalsozialismus ausführlicher behandelt werden sollte, und die Bundeszentrale für politische Bildung sollte mit neuen Schriftenreihen und Veranstaltungen aufklärerisch in die breite Öffentlichkeit wirken. Rechtliche Schritte kamen hinzu: Der Gesetzgeber schuf 1960 den Straftatbestand der «Volksverhetzung». Außerdem wurden die Schreckensorte der NS-Herrschaft, die jahrelang dem Verfall ausgesetzt waren, etwa das ehemalige Konzentrationslager in Dachau oder die NS-Zentralen in Berlin, seither zu medienwirksamen Erinnerungsorten aufgewertet. Die Erkenntnis war endlich herangereift, daß es nicht unanständig, sondern lehrreich ist, Orte des Schreckens zu erhalten (was im übrigen die DDR längst getan hatte), und somit entwickelte sich die Gedenkstättenpolitik als moralische und politisch-pädagogische Aufgabe.¹⁰

Engagierte Intellektuelle fanden zunehmend Gehör beim Publikum. Kritische Kinofilme wie *Rosen für den Staatsanwalt* rüttelten auf, Günter Grass reüssierte mit *Die Blechtrommel*, in der Literatur entstand ein neuer Dramentyp, die Mitschuld-Parabeln, Theodor W. Adorno hielt – ebenfalls 1959 – seinen vielbeachteten Rundfunkvortrag *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?*, und das Deutsche Fernsehen strahlte die ersten Dokumentationen über die nationalsozialistische Vergangenheit aus.¹¹ Gleichzeitig rückte die NS-Bewältigung durch Strafverfahren wieder in den Mittelpunkt. Die Einrichtung der «Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen» 1958 in Ludwigsburg begründeten Politiker nicht allein mit dem Ziel, der NS-Täter habhaft zu werden und sie zu verurteilen, sondern man erwartete von ihr auch große Auswirkungen auf die Öffentlichkeit. Die Gerichtsverhandlungen sollten der Erinnerung aufhelfen und das Grauen dokumentieren. Hatte schon der Eichmann-Prozeß in Jerusalem 1961 ein großes Medienecho in der Bundesrepublik erfahren, so war die öffentliche Resonanz auf den Frankfurter Auschwitz-Prozeß von 1965 noch größer, der überdies einen erheblichen Anteil daran hatte, daß sich deutsche Historiker nun intensiv mit dem Holocaust zu beschäftigen begannen.¹²

Auf der offiziellen Ebene hielten insbesondere die Verjährungsdebatten im Deutschen Bundestag zwischen 1965 und 1969 – als deren Ergebnis schließlich die Verjährung von Verbrechen des Völkermordes aufgehoben wurde – das Thema im Bewußtsein der Bundesdeutschen und setzten Lernprozesse in Gang. SED-Propaganda-Kampagnen und «Braun-Bücher» zu bundesdeutschen Politikern, die in den Nationalsozialismus verstrickt waren, begleiteten die bundesdeutsche Debatte seit jeher. Vor allem Theodor Oberländer, Hans Globke, aber auch Heinrich Lübke standen im Kreuzfeuer der DDR. Man mag daran zweifeln, ob dies in der westlichen Bevölkerung Wirkung gezeitigt hat, aber in der Kombination mit einem anderen Prozeß machte sich tatsächlich ein Bewußtseinswandel bemerkbar. Die Westdeutschen empfanden die Bundesrepublik immer stärker als «ihre» Republik, Wirtschaftswunder, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit bewirkten eine Art auch emotionaler Anerkennung, und das normative Bekenntnis zur Bundesrepublik schloß eine Ablehnung der NS-Vergangenheit ein, die als Skandalon betrachtet wurde.¹³

Als Motor einer neuen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit wirkte schließlich der Generationenkonflikt. Die 68er-Generation machte die Lebensgeschichten ihrer Eltern zum Gegenstand erregter Diskussionen und diagnostizierte auf der subjektiven Ebene mit Alexander und Margarete Mitscherlich eine *Unfähigkeit zu trauern*. Auf der «objektiven» Ebene wurde der Nationalsozialismus als eine mögliche Form bürgerlicher Herrschaft betrachtet. Mit dieser marxistischen Faschismus-Theorie sah sich die APO in die Lage versetzt, die «bürgerliche» Bundesrepublik als restaurativ, als eine Fortsetzung des Nationalsozialismus und strukturell faschistoid zu verunglimpfen.¹⁴

Seit dem Machtwechsel von 1969 politisierte und polarisierte sich die Erinnerung an den Nationalsozialismus und an den Zweiten Weltkrieg. Kaum an der Macht, verkündete der neue Bundeskanzler Willy Brandt, der im Exil aktiven Widerstand gegen das «Dritte Reich» geleistet hatte, er verstehe sich «als Kanzler nicht mehr eines besiegten, sondern eines befreiten Deutschlands»; Hitler habe nun endgültig den Krieg verloren. Die Neue Ostpolitik barg ganz erhebliche geschichtspolitische Implikationen, denn sie erinnerte beständig an den Nationalsozialismus. Am 8. Mai 1970 nahm erstmals eine Bundesregierung im Deutschen Bundestag offiziell zum Ende des Zweiten Weltkrieges Stellung und warb um Aussöhnung mit den Opfern im Osten. Der CDU/CSU widerstrebte diese «Kapitulations-Würdigung»; Niederlagen könne man nicht feiern, meinte Oppositionsführer Rainer Barzel. Anlässlich der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags im Dezember 1970 appellierte Brandt über das Fernsehen an das Geschichtsbewußtsein der Bundesbürger und parierte die Angriffe der Opposition und der Vertriebenenverbände: Nicht die jetzige sozialliberale Koalition habe den deutschen Osten auf dem Gewissen, sondern die Reichsregierung Hitlers. Mit den Verträgen gehe nichts verloren und werde nichts preisgegeben, was nicht schon längst verspielt worden sei, «verspielt von einem verbrecherischen Regime, vom Nationalsozialismus».¹⁵

Als jedoch die sozialliberal regierte Republik von immer mehr Krisen geschüttelt wurde und Utopien nach Willy Brandts Rücktritt verpufften, sprachen konservative Politiker und Intellektuelle seit Mitte der 70er Jahre von einer «deutschen Identitätskrise». Sie befürchteten, daß sich die Bundesrepublik als «Schönwetter-Demokratie» ohne feste historische Verankerung entpuppen würde, und rie-

fen zu einer Tendenzwende auf. In ihren Augen war die «linke» Vergangenheitsbewältigung subversiv, weil sie eine «endgültige» Aufarbeitung der Vergangenheit verhindere und eine Identität, die auf einem positiven Geschichtsbild basieren müsse, unmöglich mache. Die Deutsche Geschichte müsse «entkriminalisiert» werden, um Raum für einen neuen Patriotismus zu schaffen. Es handelte sich hier um nichts Geringeres als um ein Vorbeben des ein Jahrzehnt später ausbrechenden «Historikerstreits».

Bei der Mehrzahl der Deutschen waren indessen die Kenntnisse über den Nationalsozialismus noch sehr lückenhaft, was 1979 deutlich wurde, als ein Medienereignis die Westdeutschen wie nie zuvor erschütterte. Im Januar strahlte die ARD die amerikanische TV-Serie *Holocaust* aus. Kritiker und professionelle Historiker konnten darin nur eine rührselige, verfälschende, wenn nicht gar fatale Dramatisierung der Judenverfolgung und Judenvernichtung sehen. Sie werteten die Serie als typische Seifenoper ab, die alle Finessen der Illusionsindustrie Hollywoods enthalte. Doch die Sehbeteiligung war sensationell hoch. Für Millionen von Zuschauern war die TV-Serie *Holocaust*, die das Schicksal einer jüdischen Familie und die NS-Karriere eines Obersturmbannführers in den Mittelpunkt rückte, die fesselnde, anrührende und wohl auch wahrhaftige Darstellung der nationalsozialistischen Greuelthaten, die sie gründlicher aufwühlte als alles, was sie zuvor gesehen oder gelesen hatten. Daher ging von ihr eine aufklärerische Wirkung aus. Die Demoskopie ermittelte als direkte Wirkung bei den Zuschauern, daß 65 Prozent von ihnen erschüttert gewesen seien, 45 Prozent Scham empfunden und 81 Prozent nach der Sendung diskutiert hätten. Die Geschichtswissenschaft mußte sich fragen lassen, ob sie angesichts einer solchen Publikumswirkung nicht jahrelang an den Bedürfnissen der Öffentlichkeit vorbei gearbeitet hatte, jedenfalls schien sie zur Popularisierung von Geschichtsbildern wenig beigetragen zu haben.¹⁶

In der Folge läßt sich eine Doppelentwicklung beobachten: Einerseits wurde die NS-Vergangenheit mehr und mehr zu einer Sache der wissenschaftlichen Experten und löste sich unter ihrem hochspezialisierten Zugriff seitdem immer stärker in eine Reihe von Detail- und Spezialfragen auf. Andererseits beherrschten seit der Wende zu Helmut Kohl von 1982/83 die Öffentlichkeit zahlreiche geschichtspolitische Kontroversen und Konflikte um Gedenktage, Gedenkreden und Museen, die den eben genannten Identitätsdis-

kurs fortführten und 1986/87 im «Historikerstreit» kulminierten. Die Konflikte wurden stärker als je zuvor zu einem Kampf um die kulturelle Hegemonie in der Bundesrepublik. Angesichts der generationellen Veränderungen barg das Thema hohe Brisanz. Die Angehörigen der «zweiten Generation» hatten ihre Mütter und Väter mit ihrer Vergangenheit konfrontiert. Mit der «dritten Generation» verschiebt sich das Problem, denn für sie stellt sich ein besonderer Bezug zur NS-Vergangenheit nur als gleichsam nationale Verstrickung her. Sie haben mit dem Nationalsozialismus nur deswegen in besonderer Weise zu tun, weil sie Deutsche sind.

Dies war der mitzubedenkende Hintergrund des «Historikerstreits». Die konservative Seite fuhr dabei schweres Geschütz gegen die vorherrschende «Vergangenheitsbewältigungs-Identität» der linksliberalen Seite auf. In dieser erkannte sie eine nur schwer zu übersteigende Barriere für ein positives Nationalbewußtsein, denn der ständige Verweis auf das «Dritte Reich» und auf die weltgeschichtliche Singularität des Holocaust führe zu einer mangelnden Zukunftsfähigkeit der Deutschen, die nichts dringender bräuchten als eine «Normale-Nation-Identität». Das bedeutete für sie, daß die «selbstquälerische Schuldbesessenheit», die zu einer «verletzten Nation» geführt habe, überwunden werden müsse. An ihre Stelle sollte ein zustimmungsfähiges Geschichtsbild treten, das die eigene Nationalgeschichte nicht beständig als Unheilsgeschichte überlieferte. Linksliberale Kritiker fürchteten, daß die Konservativen den Bundesbürgern die «Schamröte» über Auschwitz austreiben und dessen moralische Bindung kappen wollten. Nach dem «Historikerstreit» änderte sich eines nicht: Konstitutiv für den bundesdeutschen Rechtsstaat und dessen geistige Westbindung war und blieb der Erinnerungsimperativ an den Nationalsozialismus.¹⁷

Deutsche Demokratische Republik

1965 startete die DDR eine geschichtspolitische Kampagne. In unzähligen Artikeln, Glossen und Karikaturen versuchte die SED den Eindruck zu erwecken, daß sich am 9. Mai 1965, mit dem Einsetzen der Verjährungsfrist für Kapitalverbrechen, Tausende von Einwohnern der Bundesrepublik als frühere NS-Verbrecher zu erkennen geben würden, ohne zur Verantwortung gezogen werden zu können. Die noch im Ausland untergetauchten Verbrecher würden dar-

auf brennen, an diesem Stichtag nach Westdeutschland zurückzukehren, ihre alten Uniformen anzuziehen und ihre SS-Erfahrungen der Bundesregierung zur Verfügung zu stellen, Kriegsvorbereitungen zu treffen und zur Revanche aufzumarschieren. Im Unterschied zu Westdeutschland seien im Osten alle Nazi- und Kriegsverbrecher abgeurteilt und der Nationalsozialismus mit Stumpf und Stiel «ausgerottet» worden, wie es selbst noch im Artikel 6.1 der DDR-Verfassung von 1974 hieß. Im Legitimitätswettbewerb mit der Bundesrepublik hat die DDR immer entschieden beansprucht, nur sie habe aus der nationalsozialistischen Katastrophe die richtigen Konsequenzen gezogen. Daher lehnte sie auch jegliche Haftungspflichten für die Vergangenheit ab. Mit diesem Anspruch stieß die DDR, so erstaunlich dies heute anmutet, weltweit auf gewisse Resonanz. Es konnte der Eindruck entstehen, Hitler sei ein Westdeutscher gewesen.¹⁸

Im Gründungsmythos der DDR hatten deutsche Antifaschisten an der Seite der Sowjetunion die Hitler-Diktatur besiegt und dann das neue Deutschland geschaffen. Die Entnazifizierung galt als Grundpfeiler der «antifaschistisch-demokratischen» Umwälzung, die – so die offizielle Periodisierung der DDR-Geschichte – zwischen 1945 und 1949 stattfand und in der die Basis für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gelegt wurde. In politisch wichtigen Bereichen wie Justiz, Verwaltung und Schule verlief die Entnazifizierung in der Regel radikaler als im Westen. Die politische Säuberung wies dabei einen Doppelcharakter auf: Zum einen rechnete man mit den Trägern des NS-Regimes ab, zum anderen verstand man sie als Mittel zur Systemveränderung. *Systemauseinandersetzung* (mit dem Nationalsozialismus) und *Systemveränderung* (in Richtung einer kommunistischen Parteiherrschaft) gingen eine enge Fusion ein und waren in der Praxis kaum zu trennen.¹⁹ Der personelle Bruch mit der Vergangenheit ging einher mit der fortwährenden Geltung des Prinzips der Diktatur. Die kleinen Nazis, im kommunistischen Sprachgebrauch die «nominellen» im Unterschied zu den «aktiven», domestizierte die SED in der eigens dafür geschaffenen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD), deren Leitung – sicherheitshalber – ein Altkommunist innehatte. Anders als in der Bundesrepublik spielten belastete Personen in der DDR kaum mehr eine wichtige Rolle, aber hier wie dort gab es massenhafte Anpassung an das jeweils neue System. Als die Entnazifizierung für beendet erklärt wurde, gehörte der Nationalsozialismus

nicht mehr zur Eigengeschichte der DDR, sondern nur noch zur Geschichte der kapitalistischen Bundesrepublik. Die SED hatte, so verstand sie es in ihrer kommunistischen Theorie selbst, die damals nicht verwirklichte sozialistische Revolution von 1918 nachgeholt, hatte den Kapitalismus und damit die Grundlage des Faschismus beseitigt.²⁰

In der Bundesrepublik war die Vergangenheitsbewältigung ein ständiger Prozeß, in der DDR nicht. Hier wurde sie mit der «antifaschistisch-demokratischen Umwälzung» dogmatisch für beendet erklärt, ein Einstellungswandel der Menschen wuchs nicht erst allmählich wie in der Bundesrepublik, sondern er wurde ein für alle Mal zu dekretieren versucht. Weitere Debatten über Schuld und Verantwortung erübrigten sich damit. Der Antifaschismus war innen- und außenpolitisch die einzige unangreifbare Existenzberechtigung der DDR. Er bildete den Kern des Erfahrungsbestandes der SED-Elite, die im Kommunismus der Weimarer Republik sozialisiert worden war. Ihre Generationserfahrung projizierte sie auf die gesamte Gesellschaft der DDR, insofern war der Antifaschismus «verordnet»; doch er ermöglichte den Menschen zugleich, geschwind auf die Seite des «anderen» Deutschland überzutreten. Diese Bekenntnsideologie bedeutete somit für viele ein attraktives Angebot: Sie entlastete und sprach von individueller Schuld und Verantwortung für den Nationalsozialismus frei.²¹

Eines jedoch war nicht zu leugnen: Nur wenige Deutsche hatten Widerstand gegen die NS-Diktatur geleistet. Insofern konnte der antifaschistische Gründungsmythos der DDR nicht über individuelle, in der alltäglichen Kommunikation zirkulierende – daher: kommunikative – Erinnerung hergestellt werden. Vielmehr blieb er auf kulturelle Vermittlungsformen wie Rituale, Denkmäler, Literatur und Bildende Künste angewiesen, um überhaupt erst Eingang in das kollektive Gedächtnis der DDR-Bürger zu finden.

Daraus erklärt sich der exzessive Einsatz solcher Vermittlungsformen, um den Mythos von der Geburt der DDR aus dem antifaschistischen Widerstand in den Köpfen der Menschen zu verankern. Die DDR war nahezu flächendeckend mit Denkmälern und Erinnerungstafeln – zum antifaschistischen Widerstand, zu sozialistischen Vorbildern und zur Entwicklung der DDR – übersät. Seit 1955 wurden durch ein eigens dafür geschaffenes Kuratorium Nationale Mahn- und Gedenkstätten eingerichtet. Das ehemalige Kon-

zentrationslager Buchenwald machte die SED mit enormem Aufwand und mit Hilfe einer monumentalen Gedenkstätten-Architektur zum Gedächtnisort des heroischen kommunistischen Widerstands gegen das «Dritte Reich», erkor es zum «roten Olymp», das jeder DDR-Bürger gesehen und verinnerlicht haben mußte. Das zentrale Denkmal der Anlage, Fritz Cremers «Die befreiten Häftlinge», zeigt ein Kind und zehn Männer – aber keine ausgemergelten, vom Tode gezeichneten Gestalten, sondern eine Gruppe in kämpferischer Pose, mit Fahnenbanner, Gewehr, Schwurhand und geballter Faust. Nicht Opfer also, vielmehr Sieger, die sich selbst befreiten, wenn man so will, die DDR im Kleinen.²²

Daß weite Teile der Intellektuellen den ostdeutschen Antifaschismus als gleichsam moralischen Alleinvertretungsanspruch der DDR für alle gutwilligen Deutschen verinnerlichten, ist nicht überraschend. Aber er entfaltete darüber hinaus für viele DDR-Bürger eine Prägekraft. Der Antifaschismus ist nicht nur, wie im Westen oft behauptet, ein manipulatives Machtinstrument der SED gewesen, sondern bei vielen Menschen, gerade auch aus der Bürgerbewegung der DDR, hielten sich antifaschistische Einstellungen, die sich freilich als eine systemstabilisierende Loyalitätsfalle erweisen konnten. Die antifaschistische Sozialisation und die alltägliche Begegnung mit dem Antifaschismus barg zudem erhebliche Defizite in sich. Die kommunistische Theorie, die alle Probleme in das Raster des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit preßte, erwies sich als unfähig, den Rassenantisemitismus der NS-Diktatur zu erklären. Über die Kategorie des Faschismus wurde der deutsche Nationalsozialismus universalisiert, doch die geschichtspolitischen Kosten dieser Universalisierung waren extrem hoch. Der Nationalsozialismus unterschied sich von allen anderen faschistischen Bewegungen bekanntlich dadurch, daß er den überall präsenten Antisemitismus mit eliminatorischer Konsequenz betrieb – genau diesen Wesenskern verschwieg indes die ostdeutsche Erinnerung, weil man den Holocaust in das Klassenschema preßte. Danach war der Antikommunismus das wesentliche Element des Nationalsozialismus gewesen, und die Juden schienen mehr oder weniger zufällig in den Mahlstrom der faschistischen Vernichtungsmaschinerie geraten zu sein. Während der 50er Jahre war der Holocaust überhaupt kein Thema in der DDR; auch später blieb das erwähnte ideologische Raster erhalten, innerhalb dessen man sich bewegen mußte, wenn man

vom Holocaust sprach. Außerdem konservierte die Konstellation des Kalten Krieges antijüdische Ressentiments: In ganz Osteuropa überlagerten und verstärkten die marxistisch-leninistischen Attacken auf den «westlichen Imperialismus» antiwestliche Klischees und assoziierten die Juden mit dem verachteten «kosmopolitischen», kapitalistischen Westen. So paradox es klingt: Die antifaschistische Legitimation begründete zugleich eine antijüdische Politik.

Wie in der Bundesrepublik, so bedeutete auch in der DDR der Eichmann-Prozeß 1961 einen Einschnitt. Zwar sollte der weltweit Aufmerksamkeit erregende Prozeß nur dazu benutzt werden, Westdeutschland als weiterhin antisemitisch zu verunglimpfen, doch unter der Glocke dieser Propagandakampagne hatte das Thema Judenverfolgung überhaupt erst die Chance, in der DDR an die Öffentlichkeit zu gelangen. In den 70er Jahren stieß dann die dogmatische Vergangenheitssicht in hörbarem Maße auf Widerspruch. 1978 wiesen die Kirchen in der DDR auf antisemitische Vorfälle hin und warnten davor, daß der weiterhin gepflegte Antizionismus der Partei – er schwoll infolge der Nahostproblematik an – in einen öffentlichen Antisemitismus umzuschlagen drohe. Auch stellten seit dem KSZE-Prozeß Systemkritiker zusehends skeptische Fragen: War wirklich alles so klar, einfach und heroisch? Waren alle Menschen in der DDR Sieger der Geschichte, die nicht die geringste Mitverantwortung dafür trugen, was der jüdischen Bevölkerung angetan worden war?

Es ist bezeichnend und gehört zur Auflösungsgeschichte der DDR, daß aus außenpolitischem Kalkül und Pragmatismus dogmatische Denkkategorien plötzlich fallengelassen wurden. 1988 signalisierte Erich Honecker die Bereitschaft, jüdische Nazi-Opfer zu entschädigen. Die DDR-Staatsspitze bemühte sich seit geraumer Zeit um ein besseres Verhältnis zur jüdischen Welt. Als Höhepunkt der DDR-Anerkennung wünschte sich Honecker einen Staatsbesuch in den USA, doch Washington ließ wissen, daß dieser ohne eine Entschädigung der NS-Opfer nicht zu haben sei. Allein schon symbolisch zeigte sich das SED-Regime entgegenkommend: Die 50. Wiederkehr der Reichspogromnacht am 9. November 1988 wurde in der DDR mit einer gigantischen öffentlichen Kampagne begangen, so daß erstmals seit dem Bestehen der DDR das Gedenken an die Novemberrevolution von 1918 ins Hintertreffen geriet. Zum USA-Besuch und zu den Entschädigungsleistungen kam es nicht mehr,

die Geschichte erwies sich als schneller. Das Entscheidende jedoch war, daß die SED-Führung den zentralen Teil des DDR-Selbstverständnisses revidierte. «Sie stieg vom hohen Roß des ‹Siegens der Geschichte› und wurde, was die Bundesrepublik war: ein Nachfolgestaat des Nazi-Reiches.»²³ Hier offenbarte sich eine geschichtspolitische Erosion, welche die SED-Herrschaft aushöhlte und die führungsnahen Eliten an der Substanz des Staates zweifeln ließ, eine Erosion, welche die Fortdauer der DDR bedrohte und auch die merkwürdige Selbstlähmung der Machthaber 1989 zu erklären vermag.

Bis zum Ende der Existenz zweier deutscher Staaten oszillierte die Erinnerung an den Nationalsozialismus zwischen den Polen Moral und Pragmatismus. Beide Staaten versuchten, sich durch eine Teilung der Vergangenheit voneinander abzugrenzen, und blieben doch aufeinander bezogen. Auf die Umerziehungsmaßnahmen der Alliierten reagierten die Westdeutschen lange Zeit mit dem Pragmatismus des Schweigens, während in der DDR vom Regime eine distinktive Selbstinszenierung verschrieben wurde. Moral und Bekenntnis sollten dominieren, und ein neuer sozialistischer und antifaschistischer Mensch wurde zum Leitbild der Wertorientierung. In der Lesart des Westens waren die Deutschen Opfer einer skrupellosen NS-Führung und die Ostdeutschen weiterhin Opfer einer kaum weniger skrupellosen SED-Führung. In der Lesart des Ostens waren die Deutschen Opfer des Faschismus und Militarismus, der sich in nur wenig milderer Formen im «imperialistischen Westen» fortsetzte. Die ostdeutsche Vergangenheitskonstruktion blieb fixiert auf den letztlich erfolgreichen Kampf der Antifaschisten. In dieser Deutung waren die Ostdeutschen eigentlich gar keine Opfer, sondern die historischen Sieger, und so konnten in der DDR sämtliche Opferperspektiven nahezu vollständig «entsorgt» werden. Die DDR zog ihre historische Legitimität aus der Verknüpfung von Kapitalismus und nationalsozialistischer Herrschaft. Die bisherige deutsche Geschichte war im wesentlichen die Kontrastfolie des eigenen Selbstverständnisses. Demgegenüber rechtfertigte die Bundesrepublik ihre neue geopolitische Rolle im westlichen Bündnis aus der Abgrenzung vom Kommunismus und vom Nationalsozialismus bei gleichzeitiger Leugnung von dessen unbewältigter Erbschaft.²⁴ So verfügten beide deutschen Gesellschaften über Entlastungsmechanismen und Sichtblenden, und die vielen Konflikte über die NS-Ver-

gangenheit seit der Wiedervereinigung von 1990 – von der Goldhagen-Debatte bis zur Wehrmachtsausstellung, von der Walser-Bubis-Kontroverse bis zum Mahnmalsstreit und der Diskussion über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern – zeigen vor allem eines: Erst das Ende des Ost-West-Konflikts setzte eine größere Fähigkeit zur Selbstkritik frei.

Anmerkungen

- 1 Giordano, Ralph: Die zweite Schuld oder Von der Last, Deutscher zu sein, Köln 1987.
- 2 So Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker, München/Wien 1990, S. 87; ähnlich Sontheimer, Kurt: So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik, München 1999, S. 44 ff.
- 3 Vgl. Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 434 ff.; Graml, Hermann: Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Broszat, Martin (Hg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 169–183; Brochhagen, Ulrich: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westbindung in der Ära Adenauer, Hamburg 1994; Taylor, Telford: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1994; Kielmansegg, Peter Graf: Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989; Schildt, Axel: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit, in: Loth, Wilfried/Rusinek, Bernd A. (Hg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt/M./New York 1998, S. 19–54.
- 4 Vgl. Kumpfmüller, Michael: Die Schlacht von Stalingrad. Metamorphosen eines deutschen Mythos, München 1995, S. 175.
- 5 Ebd., S. 226.
- 6 Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte, Berlin (Ost) 1970, S. 347.
- 7 Vgl. FAZ, 13. 10. 1984, «Des Führers General», und Frankfurter Rundschau, 9. 12. 1978, «Mutmaßungen über Rommel» über die umstrittene Rommel-Biographie von David Irving.
- 8 Vgl. Herbert, Ulrich: Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland, in: ders./Groehler, Olaf (Hg.): Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 7–28; Bergmann, Werner: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt/M./New York 1997, S. 71 ff.; Dubiel, Helmut: Niemand ist frei von der Geschichte. Die natio-

- nalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München/Wien 1999.
- 9 Vgl. Herbst, Ludolf/Goschler, Constantin (Hg.): Die Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989; Hockerts, Hans Günter: Wiedergutmachung in Deutschland. Eine historische Bilanz, in: VfZ 49 (2001), S. 167–214.
- 10 Vgl. Cobler, Sebastian: Das Gesetz gegen die «Auschwitz-Lüge» – Anmerkungen zu einem rechtspolitischen Ablaßhandel, in: Kritische Justiz, Heft 2 (1985), S. 159–179; Reichel, Peter: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien 1995.
- 11 Vgl. Classen, Christoph: Bilder der Vergangenheit. Die Zeit des Nationalsozialismus im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland 1955–1965, Köln 1999.
- 12 Vgl. Werle, Gerhard/Wandres, Thomas: Auschwitz vor Gericht. Völkermord und bundesdeutsche Strafjustiz, München 1995; Steinbach, Peter: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit, Berlin 1981.
- 13 Vgl. Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999, S. 239 ff.
- 14 Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern. (Neuaufgabe) Leipzig 1990; Schwan, Gesine: Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens, Frankfurt/M. 1997.
- 15 Wolfrum (vgl. Anm. 13) S. 264 und S. 273.
- 16 Vgl. Kampen, Wilhelm van: Holocaust. Materialien zu einer amerikanischen Fernsehserie über die Judenverfolgung im «Dritten Reich», Bonn 1981; Mommsen, Hans: Geschichtsunterricht und Identitätsfindung der Bundesrepublik, in: Geschichtsdidaktik 4 (1978), S. 291–300.
- 17 Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987; Maier, Charles S.: Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und nationale Identität der Deutschen, Frankfurt/M. New York 1992; Hehl, Ulrich von: Kampf um die Deutung. Der Nationalsozialismus zwischen «Vergangenheitsbewältigung», Historisierungspostulat und «neuer Unbefangenheit», in: Historisches Jahrbuch 117/II (1997), S. 406–436.
- 18 Vgl. Lepsius, M. Rainer: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des «Großdeutschen Reiches», in: ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 229–245.
- 19 Vgl. Welsh, Helga A.: «Antifaschistisch-demokratische Umwälzung» und politische Säuberung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Henke, Klaus Dietmar/Woller, Hans (Hg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 84–107; Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997.

- 20 Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt/M. 1992, S. 29 ff.
- 21 Vgl. Grunenberg, Antonia: Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek bei Hamburg 1993; Herf, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998, S. 194 ff.; Mätzing, Heike Christina: Geschichte im Zeichen des historischen Materialismus. Untersuchungen zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR, Hannover 1999; Sabrow, Martin: Die Diktatur des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR, München 2001; Groehler, Olaf: Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Steininger, Rolf (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust: Europa – USA – Israel, Wien usw. 1994, S. 233–245.
- 22 Vgl. Overesch, Manfred: Buchenwald und die DDR oder Die Suche nach Selbstlegitimation, Göttingen 1995; Niethammer, Lutz (Hg.): Der «gesäuberte» Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente, Berlin 1994; Zimmer, Hasko: Der Buchenwald-Konflikt. Zum Streit um Geschichte und Erinnerung im Kontext der deutschen Vereinigung, Münster 1999; Münkler, Herfried: Das kollektive Gedächtnis der DDR, in: Vorsteher, Dieter (Hg.): Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin 1996, S. 458–468.
- 23 Bender, Peter: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschlands, München 1996, S. 54.
- 24 Vgl. Assmann, Aleida/Frevert, Ute: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999; Lutz, Felix Philipp: Das Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Grundlagen der politischen Kultur in Ost und West, Köln u. a. 2000; Diner, Dan: Kreisläufe. Nationalsozialismus und Gedächtnis, Berlin 1995; Sühl, Klaus (Hg.): Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989. Ein unmöglicher Vergleich?, Berlin 1992.